

„Extrablatt „Vorwärts““

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 2

Mittwoch, den 8. Januar 1919

Nummer 2

Gescheiterte Vermittlungsversuche

Spartakus will keine Pressfreiheit.

Aufruf zur Bewaffnung des Volkes.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation notwendigst einen Aufruf, in dem es heißt:

Arbeiter! Bürger! Soldaten! Genossen!
Keine Stunde vergeht ohne neue Gewalttaten, ohne neue Verbrechen der Spartakusleute und ihrer verblenden Helfershelfer.

Sie nur eine kleine Auswahl der Schandthaten aus den letzten Stunden:

Am Montagabend meldete sich, geführt von Ledebour, eine Deputation der revolutionären Obleute, um unter Vermittlung einiger unabhängiger Verhandlungen mit der Regierung zu führen. Während die Regierung auch jetzt noch bereit und gewillt jedes unnötige Blutvergießen zu vermeiden, in die Verhandlungen eintrat, schritt die spartakistische Mörderbande zu neuen Taten.

Die Kaserne der Gardepioniere, einer als regierungstreuen bekannten Truppe, in der Köpenicker Straße, wurde von bewaffneten Hansen, ausgerüstet mit Flammenwerfern, gestürmt, mit Kanonen beschossen und schließlich von den Spartakisten besetzt.

In der Norddeutschen Druckerei, wo eines unserer Feindblätter gedruckt wurde, drangen bewaffnete Hansen und zwangen mit vorgehaltenem Revolver das Druckereipersonal, die Arbeit einzustellen, während die fertigen Flugblätter geraubt wurden.

Die Linden-Druckerei, wo eine Extrausgabe des „Vorwärts“ hergestellt wurde, wurde ebenfalls von Spartakisten gestürmt, die Maschinen angehalten, die fertiggestellten Zeitungen geraubt und in die Straße geworfen.

Morgens um 4 Uhr fuhr ein Auto, besetzt von 20 Mann, angeführt mit zwei Maschinenwachen, an der Friedrichstraße in der Mauerstraße auf nach links an, nach dem Reichstagspalast zu schwenken. Nachdem die Mannschaft von anderen Truppen überrollt war, erklärte der Führer, eigentlich habe er vom Polizeipräsidenten den Auftrag erhalten, die Maschinenwachen vor dem Reichstagsgebäude in Stellung zu bringen!

Solche Taten erschrecken die Spartakisten als die geeignete Begleitung zu den Verhandlungen. Während im Reichstagspalast ein Waffenstillstand beschlossen und vereinbart wird, fährt man in der Schreckensherrschaft fort, bis weiter Nord, Raub und Plünderung!

Ganz in der Weise und mit den Mitteln des alten revolutionären Systems unterbindet man die freie Meinungsäußerung. Nicht genug, daß man der Berliner Arbeiterschaft ihr Organ den „Vorwärts“ raubt, man stößt auch, ganz nach dem alten Muster, die Pressensur wieder ein. Die „Kriegszeitung“ erscheint heut wegen unler Vorgesetzter. Im Text finden sich weiche Stellen, man hat die Bekundungszwänge der Reichsregierung und der Mehrheitspartei gestrichen, während natürlich die Anrufe der Unabhängigen und Spartakisten zum Abdruck gelangen.

Jetzt ist es jeden Mannes Pflicht, sein Leben für die Erhaltung der Freiheit, für die Errettung der Revolution einzusetzen! Jeder hat von gebildeten freiwilligen republikanischen Schützen teil! Misset Euch in Massen im Werkbühnen Wilhelmstr. 71. Bringt Eure Legitimationen mit, dort erfahrt Ihr Näheres!

Keine Grundlagen für Verhandlungen.

Erklärung der Regierung.

Von der Reichsjustizlei ging gestern abend folgende Mitteilung aus:

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Unterausschüssen der revolutionären Arbeiter, die unter Vermittlung der Unabhängigen stattfanden, heute nachmittags weiter gingen und auch mit dem Zentralrat geführt wurden, haben heute mit der ergebnislosen Einstellung geendet. Die revolutionären Obleute haben am Anfang der Besprechung der Regierung folgende Erklärung überreicht:

Die Soldatenstragen wie der Zentralrat haben heute als Voraussetzung für den Eintritt in die Verhandlungen die Forderung gestellt, daß die Besetzung des „Vorwärts“ und der übrigen Zeitungen vorweg aufgehoben wird. Von dieser Vorbedingung ist am Tage zuvor der Eintritt in die Verhandlungen nicht abhängig gemacht worden. Infolgedessen erreichen die den Verhandlungskommissionen bisher erteilten Vollmachten nicht aus. Sie müssen ihren Auftraggeber wegen Ergänzung ihrer Vollmachten befragen, was in den für heute bereits abgemachten Sitzungen geschehen wird. Aus diesem Grunde ist die Fortsetzung der Verhandlungen unmöglich. — Die Verhandlungskommissionen wiesen nach darauf hin, daß nach einer solchen eingetragenen Nachricht das Gebäude der Eisenbahndirektion, Schöneberger Ufer, am 7. Januar zwischen 11 und 12 Uhr vormittags von Truppen eines Eisenbahnregiments mit bewaffneter Hand erobert worden ist, und zitierten hierin einen Bericht der gestern von den Volksbeauftragten gegebenen Forderung, daß die Truppen der Regierung die Waffen nicht zum Anzeig erheben werden.

Hierzu ist zu bemerken: Die Tatsache, daß angeblich sozialistische Organisationen die Pressfreiheit in der neunten Revolutionenmode zum Gegenstand einer Verhandlung machen, ist wohl ohne Beispiel und die Regierung und der Zentralrat hätten sich um jeden Kredit gebracht, wenn sie auf ein so wertwürdiges Verlangen eingegangen wären. Daß die Beseitigung eines widerrechtlichen Un- und Eingriffs, wie es die Besetzung der Eisenbahndirektion war, von den revolutionären Obleuten zu einem Angriff der Regierungstruppen ungefährdet wird, zeigt ebenfalls die verkehrte Welt, in der die Unruhefieber Berlins leben. Es sei nur noch hinzugefügt, daß die Lahmlegung des gesamten Eisenbahnbetriebes, also aller Nahrungsmittel- und Kohlenzufuhr gedroht hätte, wenn die Eisenbahndirektion nicht schleunigst wieder in den Besitz der rechtmäßigen Behörden gekommen wäre.

Die revolutionären Obleute werden sich möglicherweise noch heute abend zu neuen Verhandlungen im Reichstagspalast einfinden. Die Regierung hat ihren Bedingungen nichts hinzuzufügen und wird sich nichts abhandeln lassen.

Erbitterte Kämpfe ums Brandenburger Tor.

Jetzt fest in der Hand der Regierung.

Gestern mittag ist es den Spartakisten gelungen, das Brandenburger Tor, das die Regierungstruppen mit Maschinengewehren und Geschützen besetzt hatten, nach mehrfachen Stürmen zu nehmen. Es fand hier ein schwerer und blutiger Kampf statt, da die Regierungstruppen die Anweisung hatten, das Tor mit allen Mitteln zu halten. Dennoch mußten sie schließlich der an diesem Punkte zusammengezogenen Spartakusmacht weichen. Am Nachmittag haben die Regierungstruppen das Brandenburger Tor wieder eingenommen und gegen alle weiteren Angriffe bisher verfehlend. Sie haben sich jetzt dort stark eingebaut und man hält es für ausgeschlossen, daß die Spartakisten gegenüber dem letzten Aufstoß noch einen Erfolg erzielen können.

Organ des Brandenburger Tor verfielen nach der Wiedereroberung durch die Regierungstruppen die Spartakusbanden immer aufs Neue vorzuführen. Fortgesetzt wurden immer neue Scharen in großen Kasernen herangezogen, in denen handelte die Regierungstruppen ihre Stellungen vollkommen halten.

Sturm auf die Eisenbahn-Direktion und Schlesiischen Bahnhof.

Das Gebäude der Berliner Eisenbahndirektion wurde gestern von Spartakusbänden angegriffen, die dadurch den Berliner Eisenbahnerstreik in die Hand zu bekommen hofften. Bei dem Angriff kam es zu einer Schießerei, bei der es 3 Tote gab. Die Spartakisten drangen vorübergehend in das Gebäude ein, worauf sämtliche Beamte der Eisenbahndirektion ihre Arbeit niederlegten und das Gebäude verließen. Später kamen Regierungstruppen und warfen nach Kampf die Spartakisten wieder aus dem Gebäude, das jetzt gestolten wird. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Auch der Schlesiische Bahnhof wurde von Spartakisten am Vormittag vorübergehend besetzt, indessen gelang es schon am frühen Nachmittag ihn wieder zu entsetzen. Auch einige Stadtbahnhöfe, die vorübergehend in die Hand der Spartakisten gerieten, waren am Abend wieder in die Hand der Regierungstruppen.

Die Buchdrucker drohen mit Generalfreik.

Eine ständische Kommission hat gestern vormittags in Verbindung mit den Zentralvorständen und den Vorständen der Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter beschlossen, die Forderung aufzustellen, daß sämtliche Berliner Zeitungen einschließlich des „Vorwärts“ endlich freigegeben und die Waffen aus den Häusern entfernt werden. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so soll der Generalfreik für das ganze graphische Gewerbe verhängt werden.

Volksmarine-division und Franzer neutral

Ueber die Haltung der Volksmarine-Division erhielt die „Charlottenb. Neue Zeit“ die Auskunft, daß sie sich auf dem Boden jeder Regierung stellt, die das sozialistische Programm verwirklichen will. Sie betrachtet sich jetzt als Sicherheits-truppe für die Regierung Oberst-Eckardt, aber nur im Falle von Unruhen und Meuterei zu verhalten. Sie würde jedoch unter keinen Umständen auf die Spartakisten schießen, weil sie die Kämpfe zwischen Spartakisten und Regierung für reine Parteikämpfe ansieht. Deshalb habe sie auch Nichts und Genossen nicht in ihrem Amtsgelände, dem Reichstag, gebildet, um diese nicht zu unterstützen. Denselben Standpunkt hat sich das Franzer-Regiment zu eigen gemacht, das gestern vormittags mit der Volksmarine-division eine gemeinsame Beratung hatte. Von den übrigen Garderegimenten hält die Mehrzahl zur Regierung.

Die Nervenprobe.

Die schaffende Bevölkerung Großberlins steht seit zwei Tagen unter der härtesten Nervenprobe. Sie sieht in den Straßen der Reichshauptstadt ein Treiben sich entwickeln, das sie aus dem tiefsten Grund ihrer Seele verabscheut und stößt ihm — seien wir offen — bis zu diesem Augenblick noch fast machtlos gegenüber.

„Die Gewalt ist stets reaktionär gewesen!“ Dieses Wort Wilhelm Liebknechts findet heute, wo sein entariteter Sohn über Berlin Gewalt zu üben versucht, volle Bestätigung. Die erste Revolution, die sich fast gewaltlos vollzog, brachte uns die Befreiung von der Herrschaft der alten Autoritäten, brachte uns die Freiheit der Meinungsäußerung und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes durch das allgemeine Stimmrecht. Die „zweite Revolution“, als die man den schmählichen Putz dieser Tage bezog, beruht auf der Gewalt, die von einer verwegenen Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit auszuüben versucht wird, sie bringt zugleich die empfindlichste Beschränkung aller staatsbürgerlichen Freiheiten, die sich denken läßt. Ein großer Teil der Presse ist gewaltig unterdrückt, der andere unter Spartakus-Zensur gestellt, und das Recht der Berliner Bevölkerung, zur deutschen Nationalversammlung wählen zu dürfen, ist aufs äußerste gefährdet.

Die Unabhängigen haben zu vermitteln versucht. Die gute Absicht der Vermittler in allen Ehren — aber wie will man vermitteln zwischen Freiheit und Knechtung, zwischen Recht und Gewalt? Liebknecht, Eichhorn und Post haben ganz offen erklärt, daß sie die Regierung stürzen und sich selber an ihre Stelle setzen wollen, obwohl sie ganz genau wissen, daß die Bevölkerung Berlins in ihrer ungeheuren Mehrheit ein derartiges Regiment ganz entschieden ablehnt. Sie wollen darum die Stimme des Volkes nicht hören und lassen dafür die der Maschinenwache ertönen.

Die Sozialdemokratie Berlins und ihr aus seinem Heim vertriebenes Organ kämpfen einen schweren Kampf. „Es ist wie unter dem Sozialistengeßel!“ hören wir heute einen alten Genossen sagen, worauf ein anderer erwiderte: „Rein, hundertmal schlimmer!“ In der Tat, die fanatische Unterdrückungswill gegen alles Sozialdemokratische war in der Zeit des „Gesetzes“ nicht so entwickelt wie in diesen Tagen der Anarchie. Eine förmliche Hejragd ist auf den „Vorwärts“ eröffnet, der an keinem Ort, in keiner Form erscheinen soll! Ein so schimpflicher Verrat an allen Grundsätzen der Demokratie, für die ihre Berichter einst zu kämpfen vorgaben, ist noch niemals erfolgt worden.

Soll das so bleiben? Kann das so bleiben? Wie lange soll es noch so weitergehen? Diese Frage ist seit gestern tausendfach an uns gestellt worden. Wir antworten: Nein, es wird nicht so bleiben! Aber begreift, daß außerordentliche Umstände auch die Anwendung außerordentlicher Mittel notwendig machen. Habt Zuversicht! Es dauert nicht mehr lange!

Aber wie konnten, sei es auch nur für einige Tage, solche schmachvolle Zustände einreihen? Und darüber ist ein offenes Wort notwendig. Solche Zustände konnten nur einreihen, weil ein Teil der Soldaten der Berliner Garnison seine Aufgabe, seine Pflicht am Volke nicht begriff. Den Soldaten sind Waffen in die Hand gegeben, damit sie das Recht und die Freiheit des Volkes verteidigen sollen. Nicht um „Parteikämpfe“ handelt es sich hier, sondern um die höchsten Grundsätze der Revolution und der sozialistischen Republik, um die Freiheit aller Parteien, in der Presse ihre Meinung zu sagen, und um das Recht des Volkes, in freier Abstimmung zu entscheiden, wie und von wem es regiert werden will.

Hätten alle noch unter Waffen stehenden Soldaten der Garnison das verstanden, so wäre dem deutschen Volk und der Stadt Berlin die Schmach, die wir jetzt erleben, erspart geblieben. Die Soldaten und die Arbeiter müssen jetzt sehen, wohin sie gekommen sind, und es ist ihre Pflicht, unter Einleitung ihrer Person die Freiheit wiederherzustellen und das Recht zu schützen. Nur durch Freiheit und Recht können wir zum sozialistischen Neuaufbau kommen. Gewalt und Unterdrückung bringen uns allen Knechtschaft und Untergang. Rein, es hätte sofort nicht kommen müssen! Jetzt aber heißt es: Heraus aus dem blutigen Sumpf! Wir sind und bleiben Sozialdemokraten, Schirmer der Freiheit, Hüter des Rechts, getreu bis in den Tod!

Die Haß auf den „Vorwärts“.

Eine „Beschlagnahme“ durch Spartakus.
Nachdem der Spartakisten-Terror das „Vorwärts“-Haus unter seine Herrschaft gebracht hatte, gab sich die „Vorwärts“-Redaktion dem neuen Glauben hin, es würde ihr und ihrer Auftraggeberin, der sozialdemokratischen Partei, doch erlaubt sein, ihre Meinung an anderem Ort und mit anderen technischen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Sie bereitete also mit der Linden-Druckerei, in deren Verlag neben dem 8-Uhr-

